

OKTOBER 2006

**Außenpolitik wird in Zeiten der Globalisierung zunehmend zur Innenpolitik und geht deshalb jeden einzelnen Bürger etwas an! Diese Erkenntnis ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit, denn wir haben immer noch keine außenpolitische Kultur, die mit der in den USA, Großbritannien oder Frankreich vergleichbar wäre. Eine *Strategic Community*, die sich aus den unterschiedlichen Teilbereichen der Gesellschaft zusammensetzt und in Fragen der internationalen Politik sprechfähig ist, muss bei uns erst entwickelt werden. Dazu möchte die gemeinnützige Atlantische Initiative einen Beitrag leisten. Die *Global Must Reads* fassen wichtige Studien und Analysen vor allem aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals [www.global-agenda.org](http://www.global-agenda.org).**

- ▶ **Klimawandel gefährdet die Weltwirtschaft** Seite 1
- ▶ **Wasserknappheit wird zum Unternehmensrisiko** Seite 2
- ▶ **Pressefreiheit weltweit: Deutschland hinter Bolivien**
- ▶ **Harvard-Studie zu ethnischer Vielfalt erregt die Gemüter** Seite 3
- ▶ **Ist eine russisch-europäische Energieallianz möglich?** Seite 4
- ▶ **Größte Gefahr aus Nordkorea droht durch plötzlichen Zusammenbruch**

### **Klimawandel gefährdet die Weltwirtschaft**

Nicholas Stern, Stern Review: The Economics of Climate Change, *HM Treasury*, 30.10.2006

Der Klimawandel verursacht wirtschaftliche Schäden, die über die Auswirkungen der beiden Weltkriege und der Weltwirtschaftskrise von 1929 hinausgehen könnten. Sie übertreffen bei weitem die Kosten und Anstrengungen, die nötig wären, um seine schlimmsten Auswirkungen abzuwehren. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des britischen Wirtschaftsministeriums, die unter der Leitung des früheren Weltbank-Chefvolkswirts Nicholas Stern angefertigt wurde.

Laut Studie droht der internationalen Wirtschaft durch den Klimawandel ein Einbruch um bis zu 20%. Die Kosten für eine Reduzierung der Erderwärmung dagegen beziffert Stern auf etwa 1% des weltweiten Bruttonominalprodukts – 275 Mrd. Euro pro Jahr. Der Preis für weiteres Abwarten wäre um ein Vielfaches höher: Hunderte Millionen von Menschen würden an Hunger und Wasserknappheit leiden und wären gezwungen, vor Überflutungen zu flüchten. Dabei könnte der Rest der Welt nicht einfach zusehen. Er müsste immense Kosten und Anstrengungen aufbringen, um die Folgen der Erderwärmung zu bekämpfen.

Um dies zu verhindern, muss vor allem die Hauptursache des Klimawandels angegangen werden: die Kohlendioxid-Emissionen. Sie müssten bis zum Jahr 2050 um mindestens 25% unter das heutige Niveau gedrückt werden. Dazu wäre es allerdings notwendig, dass die Industrieländer schon sehr bald ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß um

bis zu 80% verringern – eine enorme Anstrengung. Doch bereits heute bietet die Technik viele Möglichkeiten, CO<sub>2</sub>-Emissionen kostengünstig zu vermeiden. Zudem entstehen neue Märkte, die großes Wachstumspotential für alternative Energietechnologien sowie umweltfreundliche Güter und Serviceleistungen versprechen.

Der Klimawandel ist laut Studie das größte Marktversagen, das die Welt je gesehen hat. Stern schlägt deshalb drei Maßnahmen vor, die Teil einer angemessenen politischen Antwort sein sollten:

1. Verteuerung der emissionsintensiven Kohle durch Besteuerung und Regulierung;
2. eine Politik, die Umweltinnovationen und den Einsatz umweltfreundlicher Technologien deutlich stärker fördert als bisher;
3. Erhöhung der Energieeffizienz und eine verbesserte Informationspolitik, die dem Einzelnen hilft, dem Klimawandel im Alltag entgegenzusteuern.

Die Welt steht nicht vor der Alternative, entweder den Klimawandel zu bekämpfen oder Wachstum und Entwicklung zu fördern. Neue Energietechnologien und veränderte Wirtschaftsstrukturen bieten längst Möglichkeiten, das ökonomische Wachstum vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß abzulösen. Gelingt diese Entkopplung nicht, werden die Folgen für das globale Wirtschaftswachstum gravierend sein. [Mehr...](#)

### **Wasserknappheit wird zum Unternehmensrisiko**

Bart Mongoven, Water: The Emerging Business Concerns, Public Policy Intelligence Report, *Stratfor*, 26.10.2006

Wasser ist ein kostbares Gut. Diese Erkenntnis ist nicht neu, konzentrierte sich aber bisher eher auf den Mangel an Trinkwasser. Dabei wird der Zugang zu sauberem Wasser auch für Unternehmen immer wichtiger. Dies liegt zum einen am Wachstum der globalen Getränkehersteller, die immer abhängiger von Wasservorräten werden; zum anderen benötigt die Industrie (z.B. Papier- und Halbleiterherstellung) vor allem in Asien, Europa und Nordamerika immer größere Wassermengen. So hat Nestlé erst kürzlich Wasser als die größte Einzelherausforderung für das Unternehmen in den nächsten 10 Jahren definiert.

Besonders die Hightechindustrie benötigt große Mengen an sauberem Wasser. Aber auch für viele andere Unternehmen ist Wassermangel gleichbedeutend mit Stromausfall oder Streik und bedroht den Kern ihrer operativen Fähigkeiten. In aufsteigenden Ländern wie China und Indien wird dieser Zusammenhang besonders deutlich: Der hohe Wasserbedarf der indischen Landwirtschaft bereitet den dortigen Getränkeherstellern zunehmend Probleme; in China wird das gesamte Wassersystem durch den Industrieboom überlastet und gefährdet die Produktivität der dort ansässigen Hightechfirmen. Aufgrund von Trockenperioden sind einzelne Firmen in China bereits dazu übergegangen, eigene Wasserreservoirs anzulegen.

Viele Unternehmen haben Abkommen mit den Stadtverwaltungen vor Ort geschlossen, um die Wasserversorgung ihrer Fabriken zu sichern. Gleichzeitig investieren die Firmen in Technologien für sauberes Wasser und für gesicherten Zugang. Immer mehr Unternehmen verwenden Zeit und Ressourcen darauf, Strategien zum Thema Wasserknappheit zu entwickeln.

Global Player, für die das Thema Wasser eng mit ihrem Profit verknüpft ist, werden von den Bevölkerungen aufsteigender Volkswirtschaften zunehmend für die Wasserqualität mitverantwortlich gemacht. Die Wirtschaft hat dabei den Vorteil, dass sie die Rolle von Aktivisten einnehmen kann. Die Regierungen dürften dem Druck in der Regel nachgeben, geht es doch in erster Linie um Arbeitsplätze und Investitionen. Offen bleibt, ob das Problem mit einem globalen Verhaltenskodex oder durch länderspezifische Regelungen angegangen wird. Letzteres scheint wahrscheinlicher, lässt aber die Frage der Nachhaltigkeit unbeantwortet. [Mehr...](#)

### **Pressefreiheit weltweit: Deutschland hinter Bolivien**

Worldwide Press Freedom Index 2006, *Reporter ohne Grenzen*, 23.10.2006

Die Journalistenorganisation Reporter ohne Grenzen hat kürzlich ihre aktuelle Rangliste zur Lage der Pressefreiheit weltweit veröffentlicht. Darin ist von einer alarmierenden „Aushöhlung der Pressefreiheit“ in den USA, Frankreich und Japan die Rede. Deutschland rutscht um fünf Plätze auf Rang 23 ab und landet damit hinter Bolivien (16.). Die Organisation führt diesen Rückschritt unter anderem auf das Eingeständnis des Bundesnachrichtendienstes zurück, über Jahre hinweg

Journalisten illegal überwacht zu haben. Außerdem kam es im Fall „Cicero“ zu Redaktions- und Hausdurchsuchungen und zu einem inzwischen eingestellten Verfahren wegen „Beihilfe zum Geheimnisverrat“ gegen zwei Journalisten. Der Zugang zu Daten ist in Deutschland – trotz Verabschiedung des Informationsfreiheitsgesetzes – zum Teil immer noch erschwert.

In den USA und Russland haben die Einschränkungen der Bürgerrechte im Namen des „Kriegs gegen den Terror“ die Pressefreiheit untergraben, kritisiert Reporter ohne Grenzen. Die USA fallen im Vergleich zum Vorjahr um neun Plätze zurück und landen auf Platz 53. In mindestens 17 US-Bundesstaaten wird der Quellenschutz abgelehnt, auch bei Journalisten, deren Recherchen nichts mit Terrorismus zu tun haben. Der freie Journalist Josh Wolf wurde erst kürzlich verhaftet, nachdem er sich weigerte, Video-Aufnahmen herauszugeben. In Russland ist die Lage erheblich schlimmer: Mit Platz 147 liegt das Land nur wenige Plätze vor den Schlusslichtern Nordkorea, Turkmenistan und Eritrea. Fast ungehindert scheint sich der stetige Abbau der Pressefreiheit fortzusetzen, indem vor allem staatsnahe Unternehmen nach und nach unabhängige Medien aufkaufen. Zudem wurde ein Gesetz verabschiedet, das durch finanzielle Restriktionen die Arbeit von NGOs behindert.

An der Spitze der Rangliste teilen sich zum wiederholten Male die nordeuropäischen Länder Finnland, Irland, Island und die Niederlande den 1. Platz. Die Umfrage ergab keinerlei Meldungen über Zensur, Bedrohungen, Einschüchterungsversuche oder Repressalien. Dänemark dagegen verlor den Spitzenplatz nach der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen im Herbst 2005. Dies ist damit zu erklären, dass der Index nicht nur Einschränkungen der Pressefreiheit berücksichtigt, die vom Staat ausgehen, sondern ebenso Bedrohungen durch bewaffnete Milizen, Untergrundorganisationen oder andere Interessensgruppen. Im Anschluss an die Veröffentlichung der Karikaturen wurden Autoren und Journalisten in Dänemark teils massiv bedroht und mussten Polizeischutz beantragen. [Mehr...](#)

### **Harvard-Studie zu ethnischer Vielfalt erregt die Gemüter**

Robert Putnam, *E Pluribus Unum: Immigration, diversity, and community*, *Scandinavian Political Studies* (Veröffentlichung Anfang 2007)

Eine Harvard-Studie des renommierten Politikwissenschaftlers Robert Putnam zum Thema Immigration und ethnische Vielfalt sorgt für Furore – und das bereits Wochen vor ihrer Veröffentlichung. Denn die Studie erscheint erst Anfang 2007 in *Scandinavian Political Studies*, der einzigen englischsprachigen Fachzeitschrift für Politikwissenschaften aus Skandinavien. Bei einer Europa-Tour im September präsentierte Putnam die Ergebnisse seiner Untersuchung vor Fachleuten und Journalisten, darunter auch John Lloyd von der *Financial Times*.

Lloyds anschließender [Artikel](#) über Putnams Studie, an dem sich auch ein [Beitrag](#) der *Süddeutschen Zeitung* weitgehend orientiert, wurde zum Ausgangspunkt einer lebhaften Kontroverse. Seitdem wird vor allem über die richtige Darstellung und Interpretation der Ergebnisse gestritten, von denen Lloyd eines besonders hervorhebt: Je größer die ethnische Vielfalt in einem sozialen Umfeld, desto weniger vertrauen die Menschen ihren Mitmenschen und den lokalen Institutionen. Doch damit nicht genug: „Nicht nur, dass wir den Menschen nicht trauen, die anders sind als wir. Vielmehr trauen wir in gemischten Gemeinschaften auch den Menschen nicht, die aussehen wie wir“ – wird Putnam in beiden genannten Beiträgen zitiert. Dies wäre in der Tat das Fazit einer „alarmierenden Studie“, wie es in der *Süddeutschen Zeitung* heißt. Die Frage ist nur, ob es sich hier wirklich um *das* Fazit der Studie handelt.

Die Reaktionen auf den FT-Artikel ließen nicht lange auf sich warten. Zunächst meldete sich Alistair Ulph, der Vizepräsident und Dekan der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität Manchester, zu Wort. Hier hatte Putnam Anfang Oktober seine Studie vorgestellt. In einem [Leserbrief](#) wirft er Lloyd vor, die Ergebnisse der Studie verzerrt wiederzugeben, indem er einseitig auf die kurzfristigen Effekte von Immigration abhebt. In der Studie jedoch wird der Effekt des Vertrauensverlusts von zwei weiteren Schlussfolgerungen begleitet, wie Robert Putnam wenig später auch persönlich auf seiner [Homepage](#) klarstellt: 1. Hochindustrialisierte Länder wie die USA werden unweigerlich steigende Immigrationsraten und eine größere ethnische Vielfalt zu bewältigen haben, was langfristig sowohl die Einwanderungs- als auch die Auswanderungsländer stärken wird; 2. Eine Gesellschaft kann die Herausforderung

zunehmender Immigration meistern, indem sozial konstruierte Grenzen aufgebrochen werden und neue Formen des „Wir-Gefühls“ entstehen.

Die Richtigstellung der Ergebnisse war Robert Putnam in diesem Fall ein ganz persönliches Anliegen, denn die einseitige Darstellung Lloyds war eine willkommene Einladung für Einwanderungsgegner, die sich auch prompt der Argumente Putnams bedienen, um gegen die „multikulturelle Gesellschaft“ mobil zu machen – ein Alptraum für den liberalen Putnam, der die Berichterstattung der Financial Times als die schlimmste Erfahrung beschrieb, die er jemals mit Medien gemacht habe, so William M. Goldsmith im [Harvard Crimson](#).

### **Ist eine russisch-europäische Energieallianz möglich?**

Ivo J.H. Bozon, Warren J. Campbell, Thomas Vahlenkamp, Europe and Russia: Charting an energy alliance, *The McKinsey Quarterly*, Nr. 4, 2006

Als Russland im Januar 2006 der Ukraine den Gashahn zudrehte, schrillten in der Europäischen Union die Alarmglocken. Plötzlich wurde an der Verlässlichkeit Russlands als Energielieferanten gezweifelt und Rufe nach einer Diversifizierung der Energieressourcen wurden laut: Kohle und Nuklearenergie stiegen im Kurs. Russland überlegte im Gegenzug, sein Gas zukünftig an China zu verkaufen.

Trotz dieser Differenzen besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Für Europa gibt es kaum wirtschaftliche Alternativen, um seinen Energiebedarf zu stillen. Kohle verursacht große Emissionen, Atomenergie ist sehr umstritten und die Lieferung von Gas aus dem Mittleren Osten oder Nordafrika wäre nicht nur sehr teuer, sondern würde die EU zusätzlich in einen Wettbewerb mit anderen Abnehmern stürzen, beispielsweise mit den USA. Die Mehrkosten für Europa werden auf 40 bis 60 Mrd. Dollar geschätzt.

Russland würde beim Verkauf seiner westsibirischen Gasreserven an andere Abnehmer zwischen 50 und 70 Mrd. Dollar verlieren. Europa bleibt der lukrativste und solventeste Geschäftspartner für russisches Gas. Außerdem könnten europäische Unternehmen mit ihren Investitionen äußerst nützlich sein für die Erschließung der russischen Gasvorkommen – vorausgesetzt, sie dürfen sich in Russland engagieren.

Einer Energiepartnerschaft stehen noch zahlreiche Hindernisse im Weg. Unternehmen auf beiden Seiten scheuen bislang substantielle Investitionen. Die Unsicherheit über Europas zukünftigen Gas-Bedarf ist zu groß. Zudem zweifeln viele an Russlands Fähigkeit, das benötigte Gas auch wirklich liefern zu können, abgesehen von der Befürchtung, dass die vom Kreml beeinflussten Energiefirmen die Normen und Gepflogenheiten des internationalen Handels missachten könnten. Um einer Energiepartnerschaft auf die Beine zu helfen, sind folgende Veränderungen notwendig:

1. Russland und die EU müssen Reformen einführen, um Risiken zu minimieren und Investitionen zu erleichtern.
2. Da die Risiken nie ganz beseitigt werden können und Reformen viel Zeit in Anspruch nehmen, müssen die Unternehmen und die Regierungen Wege suchen, um das Risiko grenzüberschreitender Investitionen gering zu halten.
3. Beide Seiten müssen zusammenarbeiten, um den Markt transparenter zu machen.

Viel hängt davon ab, wie die EU die Zukunft des Emissionsrechtshandels gestaltet. Die Preise für CO<sub>2</sub> und andere klimaschädigende Gase sind nur bis Ende 2007 festgeschrieben, das ganze System bisher nur bis 2012 ausgelegt. Solange die EU keine Klarheit im Emissionshandel schafft, bleibt die Investitionslage für die Unternehmen unklar. Außerdem sollte die EU nach dem Vorbild der USA eine strategische Gasreserve bilden, um Preisspitzen auszugleichen und den Markt zu stabilisieren.

Russland muss vor allem für mehr Rechtssicherheit sorgen und seinen heimischen Gasmarkt liberalisieren, um eine höhere Effizienz zu erreichen. So würde mehr Gas für den Export zur Verfügung stehen. Eine deutliche Verbesserung der Transparenz könnte auch die Gründung eines europäisch-russischen Gas-Instituts sein, ähnlich der auf Öl spezialisierten International Energy Agency (IEA). [Mehr...](#)

### **Größte Gefahr aus Nordkorea droht durch plötzlichen Zusammenbruch**

Robert D. Kaplan, When North Korea Falls, *The Atlantic Monthly*, Oktober 2006

Nordkoreas erster Atomtest hat die Welt in Aufregung versetzt. Wie soll man auf diese Aggression reagieren? Welche Optionen hat die internationale Gemeinschaft? Bei der

Suche nach der richtigen Antwort droht in Vergessenheit zu geraten, dass die größere und unmittelbare Gefahr von einem plötzlichen Zusammenbruch Nordkoreas ausgeht.

Auf der koreanischen Halbinsel ist der Kalte Krieg bis heute nicht beendet. 1,2 Mio. Soldaten stehen auf nordkoreanischer Seite, ein Großteil davon direkt an der Grenze zu Südkorea. Neben 100 000 Elitesoldaten verfügt Kim Jong-Il über eines der weltweit größten Arsenale an B- und C-Waffen. Mehr noch als die nordkoreanischen Raketen aber fürchtet Südkorea mögliche Flüchtlingswellen aus dem Norden. Auch für China sind unzählige Wirtschaftsflüchtlinge, die über den Fluss Yalu in die chinesische Provinz Mandschuri eindringen, ein realistisches Schreckensszenario. Um dies zu verhindern, sollten sich die gemeinsamen Planungen schon jetzt mit einem möglichen Zusammenbruch des Regimes von Kim Jong-Il beschäftigen.

Für die USA könnte dies die größte Stabilisierungsoperation seit dem Zweiten Weltkrieg bedeuten, wenn nicht die größte Hilfsaktion überhaupt. 23 Mio. Menschen müssten so schnell wie möglich versorgt werden, unter Einbeziehung des nordkoreanischen Militärs, um Proliferation zu verhindern.

Doch selbst wenn die humanitäre Lage zügig unter Kontrolle gebracht werden kann – die geopolitischen Konsequenzen wären kaum abzusehen. Schon heute hat man in Südkorea inoffiziell von einer schnellen Wiedervereinigung Abstand genommen. Eher neigt man zu einer Art Protektorat in großen Teilen des Nordens, das wirtschaftlich langsam an den Süden herangeführt werden könnte. China dürfte aus einem Zusammenbruch Nordkoreas eher gestärkt hervorgehen: Nicht nur, dass Peking die Kontrolle über einzelne Regionen Nordkoreas übernehmen könnte; China ist darüber hinaus größter Handelspartner Südkoreas.

Trotz oder gerade wegen seiner ökonomischen Macht ist Asien politisch und militärisch eine höchst instabile Region, wie Nationalismuskonflikte immer wieder zeigen. Den Amerikanern könnte eine Schlüsselrolle als Vermittler zukommen, wenn ein mögliches Großkorea zum Streit zwischen China und Japan führt. Seit 56 Jahren sind amerikanische Truppen in Korea stationiert. Im Vergleich zum Irak wurden mehr als zehn Mal so viele Soldaten auf der koreanischen Halbinsel getötet und noch heute stehen 32 000 US-Soldaten in Südkorea. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter [www.global-agenda.org](http://www.global-agenda.org).





Wir navigieren Sie durch die strategischen Themen der Weltpolitik



→ INTERNATIONALE POLITIK	→ GLOBALE WIRTSCHAFT	→ STRATEGISCHE REGIONEN
<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Massenvernichtungswaffen und Terrorismus</li> <li>→ Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten</li> <li>→ Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut</li> <li>→ NATO/ESVP</li> <li>→ Klimawandel/Umweltschutz</li> <li>→ Zukunft der UN/Global Governance</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Energie/Rohstoffe/Wasser</li> <li>→ Bildung/Forschung/Technologie</li> <li>→ Demographie/Global Aging/Migration</li> <li>→ Weltwirtschaft und Handel</li> <li>→ Kapitalmarkt/Corporate Governance</li> <li>→ Corporate Citizenship/CSR</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ China</li> <li>→ Indien</li> <li>→ Russland/Ukraine</li> <li>→ Asien</li> <li>→ Afrika</li> <li>→ Lateinamerika</li> </ul>



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Jan-Friedrich Kallmorgen und Dr. Johannes Bohnen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Eddie Hartmann/Sylke Tempel

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: [info@atlantische-initiative.org](mailto:info@atlantische-initiative.org)